

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 27. November 2020

**Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV)
vom 20. November 2020****Dringlichkeitsanträge dominierten die Sitzung – Unhaltbare Vorwürfe der CDU
gegen Marburger Linke**

Auch im November tagten die Marburger Stadtverordneten pandemiebedingt nicht in vollständiger Besetzung. Wie schon in den vorherigen Sitzungen wurde das „Pairing“ angewandt, das heißt, dass trotz ungleicher coronabedingter Verkleinerung der Fraktionen, die Mehrheitsverhältnisse gleich blieben. Angesichts der gelichteten Reihen wurden vier Dringlichkeitsanträge, deren Behandlung sonst von mindestens zwei Drittel der gewählten Stadtverordneten befürwortet werden muss, direkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Besonders kontrovers ging es beim Vorwurf zu, die Marburger Linke verunglimpfe die Beschäftigten des Ordnungsamtes. Auch die Ausstattung der Schulen unter Coronabedingungen wurde sehr kritisch hinterfragt. blieb noch die Debatte zur drohenden Schließung der Poststelle am Richtsberg und die Stellungnahme der Fraktionen zu alternativen Wohnkonzepten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das langjährige ehrenamtliche Mitglied des Magistrats, die SPD-Politikerin Marlis Sewering-Wollanek, verabschiedet, die aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Stehend applaudierten ihr die Stadtverordneten für ihre Arbeit und für ihre Abschiedsrede, in der sie besonders die Notwendigkeit eines fairen politischen Diskurses bekräftigte. Ihr Nachfolger ist der SPD-Stadtverordnete Uli Severin.

Marburger Linke für alternative Wohnkonzepte und mehr Lüftungsanlagen in Schulen

Zuerst wurde über ein Konzept des Magistrats diskutiert, wie Formen des gemeinschaftlichen Wohnens in der Stadt Marburg gestärkt werden können. Für die Marburger Linke begrüßte Roland Böhm dieses Konzept ausdrücklich, denn es baut vor, dass Investoren sich auch in diesem Bereich eine goldene Nase verdienen. Genossenschaftlich getragene Modelle zum gemeinschaftlichen Wohnen von Jung und Alt, begütert und weniger betucht, eingeschränkt oder fit, sollen zum Zuge kommen. Allerdings gilt es sicherzustellen, dass das Auswahlgremium für die Konzeptideen angemessen zivilgesellschaftlich eingebunden ist, so Böhm weiter.

Infektionsschutz an Schulen

Die zweite Aussprache drehte sich um einen Antrag der Grünen, der raumlufttechnische Anlagen und ausreichende Frischluftzufuhr für alle Marburger Schulen zum Schutz vor der Pandemie forderte. Der Magistrat musste sich den Vorwurf auch von Seiten der FDP gefallen lassen, in dieser Angelegenheit nicht entschieden und wirksam zu handeln. Es war vorhersehbar, dass eine zweite Welle kommen würde, so Stefanie Wittich für die Marburger Linke. Deshalb sei es kaum erklär-

bar, dass seit dem Sommer nichts unternommen wurde, um die Schulen sicherer zu machen. Gerade Kinder leiden unter den Auswirkungen der Pandemie und brauchen ihren Freiraum zur Bewegung und zum gemeinsamen Spiel. Die Marburger Linke stimmte diesem Antrag zu.

Poststelle auf dem Richtsberg erhalten

Einmütig verlief die folgende Debatte über die Notwendigkeit, die Poststelle auf dem Richtsberg zu erhalten, die mit der Schließung des Rewe-Marktes wegfallen soll. Tanja-Bauder Wöhr wies für die Marburger Linke darauf hin, dass eine rechtliche Verpflichtung für Deutsche Post AG bestehe, Briefe und Pakete zu transportieren. Zudem sind Poststellen auch ein Ort des sozialen Austausches. In Zeiten eingeschränkter Kommunikation kommt dem Paket höhere Bedeutung zu und auch der klassische Brief erhalte neue Anhänger*innen, so Bauder-Wöhr weiter. Oberbürgermeister Thomas Spies versprach Lösungen, das Parlament bekräftigte dennoch einstimmig das Anliegen per Antrag.

Marburger Linke kritisierte rechte Stimmungsmache der CDU und steht zu Beschäftigten des Ordnungsamtes

Anschließend folgte die schärfste Auseinandersetzung an diesem Spätnachmittag. Mit Bezug auf einen Artikel der Oberhessischen Presse über die Versammlung der Marburger Linken vom 7. November, auf der ein Wahlprogramm verabschiedet und die Listen zur Kommunalwahl 2021 aufgestellt wurden, forderten die Mehrheitsfraktionen SPD, CDU und BfM eine Entschuldigung für angebliche Rassismuskritik gegenüber der Marburger Ordnungspolizei. Mit einer Klarstellung in der Zeitung hatte der Antrag allerdings längst seinen Gegenstand verloren. Das schien aber niemanden auf der rechten Seite zu kümmern. Auch CDU-Bürgermeister Wieland Stötzel informierte nicht, dass die Marburger Linke Fragen des Magistrats bereits Tage zuvor ausführlich beantwortet hatte. Dirk Bamberger, Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter der CDU, redete gar nicht erst zum Antrag, sondern ritt eine Philippika gegen angeblich gewaltbereite und Gewalt propagierende Gruppen, die seit Jahren quer durchs Land bis in den Dannenröder Forst zögen und Anschläge auf Leib und Leben von Polizeibeamt*innen planten. Irgendwie kam er dann auf die Marburger Linke, die angeblich hierzulande gegen die Ordnungspolizei aufträte.

Renate Bastian reagierte scharf und stellte klar: Niemals hat die Marburger Linke die Abschaffung der Ordnungspolizei gefordert, sondern die Wiedereingliederung der Stadtpolizei ins Ordnungsamt. Natürlich braucht Marburg seine qualifizierten Ordnungskräfte für Verkehrskontrollen, Jugendschutz oder bei Nachbarschaftsstreitigkeiten. Marburg braucht aber keine Stadtpolizei. Darüber hinaus findet sich in keiner Stellungnahme der Marburger Linken ein Rassismuskritik gegen die Beschäftigten des Ordnungsamtes. Allerdings sieht die Fraktion die Notwendigkeit einer Sensibilisierung gegenüber Alltagsrassismus – bei jedem einzelnen und bei den öffentlichen Einrichtungen. Antirassismus und Respekt vor der Arbeit der Beschäftigten sind Kernstücke linker Politik. Dem Rückhalt für die Ordnungskräfte, der im weiteren Text des Dringlichkeitsantrags gefordert wurde, stimme die Marburger Linke also gerne zu, beziehe aber alle Beschäftigten der Stadtverwaltung ein, die unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie unter großen Belastungen arbeiteten. Im Übrigen, so Bastian weiter, mache die CDU mit Unterstellungen und Verdächtigungen jenseits jeglichen Wahrheitsgehaltes eine sachliche Debatte in der Stadtgesellschaft unmöglich.

Folgerichtig formulierte die Fraktion der Grünen einen Änderungsantrag, der den Rückhalt der Stadtverordnetenversammlung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung beinhaltete. Dem aber konnte die Mehrheit der Magistratsfraktionen – warum? – nicht zustimmen.

Kein Interesse am Alten Forsthaus Cappel

Ohne Aussprache wurde schließlich ein Antrag der Marburger Linken abgelehnt, der von der Stadt forderte, das Alte Forsthaus Cappel vom Land zu kaufen, damit es in öffentlicher Hand bleibe und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden könne.

Abschaffung der Hundesteuer

Diesem populistischen Antrag der FDP - der Anteil der Hundebesitzer*innen in Marburg ist höher als der Stimmenanteil der FDP - mochte sich niemand anschließen.

Weitere Anträge, für die Aussprache angemeldet war, konnten aufgrund der zeitlichen Beschränkung der Sitzung nicht behandelt werden.

In der kommenden Sitzung des Stadtparlaments Mitte Dezember wird sich die Debatte hauptsächlich um den Haushalt 2021 drehen.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich